



# **Niederschrift**

**über die Sitzung  
des Sozialausschusses  
am 10.11.2015**

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Merkator, Kurt

### **- Mitglieder**

Baglan, Baris

Braun, Ludwig

Gill-Gers, Alexandra

Hafner, Klaus

Hingst, Waltraud

Huck, Brian Dr. in Vertretung für Ruth Jaensch

Kondakji, Amin

Konrad, Walter

Lange, Karsten

Lange, Thorsten

Lensch, Eckart Dr.

Müller, Justin in Vertretung für Kurt Mehler

Rehm, Gerald in Vertretung für Heinz-Werner Stumpf

Siebner, Claudia

Tesfamariam, Musgana

Viering, Christian

Westrich, Sissi

### **- beratende Mitglieder**

Göbig-Fricke, Gaby

Schnörr, Wolfgang in Vertretung für Birgit Drenkard-Heim

## Entschuldigt fehlen

Jaensch, Ruth

Mehler, Kurt

Schmitt, Uta

Stumpf, Heinz-Werner

Willius-Senzer, Cornelia

Diefenbach, Kerstin

Drenkard-Heim, Birgit

Steitz, Georg

### **- Schriftführung**

Zell, Thorben

## Tagesordnung

### a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 6
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 10.09.2015

### b) öffentlich

3. Vorstellung "Wohngemeinschaft für von Gewalt bedrohte Flüchtlingsfrauen"
4. Mündlicher Sachstandsbericht zum "Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention"
5. Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU, sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 ödp
6. Mitteilungen

### c) nicht öffentlich

7. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
8. Unterbringung von Flüchtlingen
9. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz

### **Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:**

10. Grundstücksangelegenheit;

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht. Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 3**            **Vorstellung "Wohngemeinschaft für von Gewalt bedrohte Flüchtlingsfrauen"**

Frau Gabriele Hufen, Vorstandsvorsitzende des Sozialdienstes Katholischer Frauen (SKF), stellt die „Wohngemeinschaft für von Gewalt bedrohte Flüchtlingsfrauen“ vor. In Mombach hat der SKF für diesen Zweck zwei Häuser angemietet mit einem Platzangebot für insgesamt 30 Frauen und Kinder. Die Hauptleitstelle befindet sich am Römerwall 67.

Das Angebot richtet sich an Flüchtlingsfrauen, die in ihrer Heimat und auf dem Weg nach Deutschland Terror, Unterdrückung, Todesangst und sexuelle Übergriffe erlebt haben. Für diese Fälle wurde das Konzept der „Wohngemeinschaft für von Gewalt bedrohte Flüchtlingsfrauen“ erarbeitet. Die Vermittlung der Frauen an die Einrichtung erfolgt über städtische Ämter, wobei die letztendliche Entscheidung zur Aufnahme von den Mitarbeiterinnen des SKF getroffen wird. In den Wohngemeinschaften werden die Frauen von Sozialarbeiterinnen betreut. Ziel des Projekts ist eine dauerhafte Integration in die Gesellschaft sowie der Übergang in ein normales Leben mit eigener Wohnung. Dazu bietet der SKF Sprachkurse an und vermittelt Patenschaften über das Programm „Migranten für Migranten“. Die Finanzierung teilen sich das Land, die Stadtverwaltung Mainz und das Bistum. Derzeit sind 5 Frauen und 8 Kinder in dieser Wohngemeinschaft untergebracht.

Im Anschluss an ihren Vortrag beantwortet Frau Hufen noch Fragen der Ausschussmitglieder.

### **Punkt 4**            **Mündlicher Sachstandsbericht zum "Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention"**

Frau Boos-Waidosch, Behindertenbeauftragte der Stadt Mainz, und Herr Quick von der Sozialplanung des Amtes für soziale Leistungen berichten über den aktuellen Sachstand zum „Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention“:

Im Frühjahr 2014 wurden den städtischen Gremien die Empfehlungen des Behindertenbeirats zur Erstellung eines Aktionsplans vorgelegt. In der Folge bildete sich eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe, über die die Empfehlungen in die Dezernate und Ämter der Landeshauptstadt Mainz eingebracht wurden. In allen Bereichen gibt es Fortschritte bei der Umsetzung. Einige beispielhafte, erfolgreiche Projekte sowie Problembereiche in den verschiedenen Handlungsfeldern wurden angesprochen.

## **Erziehung und Bildung (Kitas)**

Kinder mit Behinderung können vorzugsweise nach den Wünschen der Eltern in einer Kindertagesstätte im Stadtteil untergebracht werden. Fortbildung zu inklusivem Arbeiten stehen für alle städtischen Kita Mitarbeiter zur Verfügung. Wichtig war hierfür die Schaffung des Fachdienstes Inklusion Kita. Auch die Zahl der Kinder, die in Schwerpunktschulen inklusiv unterrichtet werden, ist stark angestiegen. In diesem Zusammenhang gibt es auch einen starken Anstieg der kommunal finanzierten Integrationshilfen. Die Sozialverwaltung sieht hier die Notwendigkeit, stärker steuernd einzugreifen und plant hierzu die Schaffung eines Fachdienstes Inklusion Schule.

## **Arbeit**

Beim Übergang von Schule in den Beruf wurde der Integrationsfachdienst stärker mit den anderen Beratungsstellen für Schüler (z.B. Jobfüxe) vernetzt. Im Bereich des Budgets für Arbeit ist die Zahl der geförderten Personen in den letzten Jahren von 11 (2011) auf aktuell 38 angestiegen.

## **Wohnen**

Im Martin-Luther-King-Park (HaMü) und in Ebersheim entstehen unter Federführung der Wohnbau Mainz Wohnprojekte mit Kontakt- und Pflegemöglichkeiten im Sozialraum, die unter dem Namen „Zuhause in Mainz“ an das sog. Bielefelder Modell angelehnt sind. Ziel ist, dass alte und behinderte Menschen in Ihrer gewohnten Umgebung direkt im Stadtteil leben können.

## **Kultur, Freizeit, Sport**

Künftig wird das Sportdezernat dem Sportausschuss vorschlagen, im Rahmen der Bezuschussung von sportvereinseigenen Baumaßnahmen, Maßnahmen die die Schaffung von Barrierefreiheit einschließen prozentual höher zu fördern als andere Baumaßnahmen. Eine komplette barrierefreie Gestaltung des Naturhistorischen Museums ist nicht möglich. Es ist allerdings das Ziel, die wichtigsten Bereiche des Museums mittelfristig barrierefrei zu bekommen, hierzu zählt insbesondere die Museumspädagogische Abteilung.

## **Mobilität und Barrierefreiheit**

Der elektronische, auf der Webseite [www.mobilemenschen.de](http://www.mobilemenschen.de) verortete barrierefreie Mainzer Stadtplan wurde freigeschaltet und wird nun schrittweise mit immer mehr Daten gefüttert.

Beim neuen Wohngebiet Zollhafen wurden die Anforderungen nach Barrierefreiheit gut in die Planungen einbezogen. Frau Boos-Waidosch stellt in diesem Zusammenhang heraus, wie wichtig die frühzeitig Einbeziehung der Aspekte der Barrierefreiheit bereits im Planungsprozess sind, da die nachträgliche Schaffung immer komplizierter und teurer sei.

Außerdem erwähnte die Behindertenbeauftragte, dass noch etliche gute Projekte entstehen könnten, wie z.B. ein Taxiangebot für Rollstuhlfahrer, die koordinierte Vergabe von barrierefreien Wohnungen in einer Wohnungsbörse und mehr barrierefreie Sportstätten. Insbesondere bedauert sie, dass es für die Altstadt noch immer kein zusammenhängendes Wegekonzept für die bessere Befahrbarkeit der Kopfsteinpflasterbereiche mit Rollstühlen und Rollatoren gibt.

## **Perspektive für 2016**

Die Berichterstatter beabsichtigen, im nächsten Jahr einen Workshop mit ausgewählten Vertretern der Verwaltung und des Behindertenbeirats durchzuführen, in dem auf Grundlage der Empfehlungen des Beirats Prioritäten für das weitere Vorgehen herausgearbeitet werden. Diese werden dem Sozialausschuss sodann in einer Beschlussvorlage vorgelegt.

**Punkt 5**            **Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU, sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 ödp**  
**hier: Konzeption für eine Wohnraumversorgung**  
**Vorlage: 1483/2015**

Herr Knebel und Frau Groll erläutern die Beschlussvorlage und beantworten gemeinsam mit Herrn Merkator Fragen der Ausschussmitglieder. Nach kurzer Diskussion wird von Seiten der CDU vorgeschlagen, den Antrag noch nicht als erledigt zu betrachten, sondern diesen im Kontext mit dem angekündigten Konzept Wohnen in einem Jahr im Sozialausschuss erneut vorzulegen.

Der Sozialausschuss fasst daraufhin folgenden **geänderten Beschluss** einstimmig:

Der erneute Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Für die Anträge 1711/2012 der CDU-Stadtratsfraktion sowie der Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp-Stadtratsfraktion - Konzeption für eine Wohnraumversorgung - ist ein **erneuter Sachstandsbericht in einem Jahr vorzulegen**.

Unabhängig vom Erfordernis der Berichterstattung zu den oben genannten Anträgen, wird aktuell ein übergreifendes "Konzept Wohnen" für die Stadt Mainz unter Federführung der Leitstelle Wohnen im Büro des Oberbürgermeisters erarbeitet und den städtischen Gremien sodann vorgelegt.

**Punkt 6**            **Mitteilungen**

1. Aktueller Bericht über die Flüchtlingssituation in Mainz

Herr Merkator macht ergänzende Ausführungen zum Zeitungsartikel vom 10.11.2015 über die Housing Area in Mainz Gonsenheim sowie weitere Unterkünfte in Mainz.

Herr Amtsleiter Hensel vom Amt für soziale Leistungen berichtet, dass die Stadt Mainz derzeit wöchentlich ca. 80 Flüchtlinge aufnehmen muss und für das Jahr 2016 mit der Zuweisung von 2000 Asylsuchenden rechnet. Deshalb wird weiterhin mit Hochdruck nach neuen Gemeinschaftsunterkünften gesucht, um die Belegung von Turnhallen möglichst auszuschließen.

Abschließend berichtet Herr Merkator, dass in mehreren Ämtern der Stadtverwaltung Mainz in nächster Zeit in den Flüchtlingsbereichen neues Personal mit unbefristeten Verträgen eingestellt wird. Zudem sei ein Koordinator für Flüchtlingsangelegenheiten seit Anfang November im Sozialdezernat angesiedelt.

2. Termine 2016

Herr Merkator macht auf die verteilten Gremientermine für das Jahr 2016 aufmerksam.

**Ende der Sitzung: 18:30 Uhr**

gez.

.....  
**Kurt Merkator**  
**Beigeordneter**

gez.

.....  
**Thorben Zell**  
**Schriftführung**